



Europapolitische Bilanz der Bundesregierung 2019

Vorstandsbeschluss

5. April 2019

Inhalt

	Seite
1 Anlass und zusammenfassendes Fazit	2
2 Aufbruch für Europa – zunächst aufgeschoben?	3
3 Bürgerdialoge zur Zukunft der EU	3
4 Europäische Werte	4
5 Brexit.....	5
6 Eurozone	5
7 EU-Haushalt/Mehrjähriger Finanzrahmen	6
8 Migrations- und Asylpolitik.....	7
9 Westbalkan.....	8
10 Außen- und Sicherheitspolitik.....	9
11 Public Diplomacy	10
12 Europapolitische Koordinierung.....	11
13 Quellen.....	13

1 Anlass und zusammenfassendes Fazit

Am 14. März 2018 wurde die aktuelle Bundesregierung vereidigt. CDU, CSU und SPD hatten sich am 7. Februar 2018 in einem umfassenden Vertrag (KoaV) unter dem Titel „**Ein neuer Aufbruch für Europa – Eine neue Dynamik für Deutschland – Ein neuer Zusammenhalt für unser Land**“ geeinigt.

Der KoaV unterstrich 2018 **beeindruckend ein „europäisches Deutschland“**. In seinem vorwärtsorientierten Wortlaut ist das Europakapitel nicht zu unterschätzen und deckt sich mit der zunehmend proeuropäischen Einstellung der deutschen Bevölkerung und der gesellschaftlichen Kräfte im Jahr 2018/19.

Mit Blick auf die heutige Situation scheint der Koalitionsvertrag jedoch **europapolitisch aus der Zeit gefallen** zu sein: Keiner der Parteivorsitzenden ist nach dem ersten Jahr noch im Amt. Keiner der Hauptautoren des Europakapitels trägt europapolitische Regierungsverantwortung. Auf seinen ursprünglichen Impuls, die Sorbonne-Rede von Emmanuel Macron, konnte das Europakapitel keine endgültigen Antworten geben. Die strategische Ausrichtung der deutschen Europapolitik wird weiterhin durch eine 20 Jahre alte europapolitische Koordinierungspraxis verwaltet, die zu allem Überfluss auch im KoaV als „bewährt“ bestätigt wurde.

Dennoch muss sich die Bundesregierung auch 2019 **am selbst gesteckten Maßstab** des Europakapitels und europarelevanter Kapitel des KoaV messen lassen.

Eine sehr **positive Leistung deutscher Europapolitik** ist die Zusammenarbeit und Kommunikation zu den Brexit-Verhandlungen. Die Bundesregierung hat eindeutig und beeindruckend den Zusammenhalt der EU27, der deutschen gesellschaftlichen Kräfte (inklusive der Wirtschaft) und die koordinierende Rolle der Europäischen Kommission gefördert. Erfreulich ist außerdem, dass bei den Eckpunkten für den EU-Haushalt eine „Nettozahler“-Rhetorik vermieden und ein Kompromiss auf Frankreichs Vorschläge zur Eurozone gefunden wurde. Eine erfolgreiche deutsche Strategie ist die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik (SSZ).

Abgesehen davon besteht erfolgreiche deutsche Europapolitik vor allem aus Abwehrarbeit. Das **europapolitische „catenaccio“ Deutschlands verhindert eine moderne Europapolitik**, die allerdings das Potential hat, sich durch ein für die Bevölkerung und die europäische Gesellschaft attraktives Spiel nach vorne auszuzeichnen. Es gab und gibt zwei Monate vor der Europawahl – und voraussichtlich auch auf dem informellen Gipfel in Hermannstadt/Sibiu am 9. Mai 2019 – keinen substantiellen deutschen Beitrag für eine **Strategische Agenda** für die nächste Legislaturperiode des Europäischen Parlaments. Auf Basis der Erfahrungen aus dem ersten Jahr der Koalition ist weiterhin nur mit einem reaktiven Gestaltungswillen zu rechnen. Von einer breiten Zukunftsdebatte vor der Europawahl ist Deutschland derzeit noch weit entfernt (siehe [Aufruf der EBD und ihrer Spitzenverbände](#) vom 26. Februar 2019).

Es bleiben noch zwei Jahre, um zu zeigen, dass das Europa-Kapitel des KoaV keine Sonntagsrede ist. Die Notwendigkeit einer starken deutschen Europapolitik ist außen wie innen gegeben. Die kommunikativen Grundlagen sind geschaffen, eine echte Europastrategie kann aber nur mit Empathie, Planung und strukturierter Koordination und Public Diplomacy gelingen. Selbstverständlich muss dabei die Bundesregierung der Zeit

gerecht werden. Doch geht es auch 2019 um Wesentliches: um pluralistische Demokratie auf allen Entscheidungsebenen.

2 Aufbruch für Europa – zunächst aufgeschoben?

Bewertung Koalitionsvertrag 2018: Es ist der am stärksten auf Europa ausgerichtete Koalitionsvertrag unter Bundeskanzlerin Angela Merkel. CDU, CSU und SPD hatten sich auf neue Ziele in der deutschen EU-Politik geeinigt. Grundsätzlich begrüßte die EBD den KoalV, kritisierte aber die Instrumente der europapolitischen Koordinierung als veraltet. Die EBD befürchtete schon 2018 die Fortsetzung eines großkoalitionären „business as usual“, wenn es um wichtige demokratische Debatten zu den konkreten Auswirkungen der Europapolitik auf die Menschen innerhalb und außerhalb Deutschlands geht. Hier fehlte aus Sicht des Vereins eine strukturierte Strategie und Koordinierung. Die EBD begrüßte die Beschlüsse zum Investitionshaushalt der EU und zur Stärkung des Europäischen Parlaments. Errungenschaften der vergangenen Europawahl wie der Spitzenkandidatenprozess fanden sich im KoalV nicht wieder.

Das Europakapitel hebt sich systematisch vom Rest des Koalitionsvertrages ab und wurde offensichtlich von nur einem kleinen Autorenkreis im Bewusstsein geschrieben, auf die Sorbonne-Rede von Macron eine Antwort zu geben. Die nachfolgenden restlichen Kapitel hingegen bieten die in Koalitionsverträgen üblichen, kleinteiligen Kompromisslinien, die nicht unbedingt kohärent zum Europakapitel geschrieben wurden (z.B. Forderung nach einem höheren Beitrag im EU-Haushalt ergibt sich aus den Erwartungen deutscher Interessenträger, die Subventionen und Strukturfonds aufrecht zu erhalten).

Bewertung 1 Jahr Bundesregierung 2019: Ein Jahr später zeigt sich: Das Europakapitel hatte zu Beginn eine gute kommunikative Wirkung. Die Bundesregierung hat in der Folge zwischen dem Europakapitel und den nachfolgenden Kapiteln kommunikativ keine weiteren Verbindungslinien gezogen. Eine realpolitische Europapolitik ist zwar nicht zu beanstanden, doch angesichts der Herausforderungen 2019 nicht ausreichend. Der europapolitische Aufbruch, den der Koalitionsvertrag ankündigt, ist bedauerlicherweise im Zögern und Kleinklein versandet.

Mit Blick auf die nahende Europawahl ist positiv zu unterstreichen, dass die Koalitionspartner sich mittlerweile klar und deutlich zum Spitzenkandidaten-Prozess bekannt haben.

3 Bürgerdialoge zur Zukunft der EU

Bewertung Koalitionsvertrag 2018: „Wenn Bürgerdialoge zur Zukunft Europas, dann richtig.“ Ein breites Bündnis aus Vorstand und Spitzenverbänden forderte, dass der Austausch zwischen Gesellschaft und Politik zur Zukunft Europas intensiviert wird, und begrüßte grundsätzlich und ausdrücklich die Bereitschaft der Großen Koalition zu Bürgerdialogen. Die EBD gab allerdings schon bei Abfassung des Koalitionsvertrags zu bedenken, dass der ambitionierte Plan, erste Ergebnisse bis zum Europäischen Rat im Dezember 2018 präsentieren zu können, an mangelnder Vorbereitung und Umsetzung scheitern könnte. Laut Koalitionsvertrag sollte auch geprüft werden,

inwiefern „weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzt werden k[önnen]. Zudem sollen Vorschläge zur Stärkung demokratischer Prozesse erarbeitet werden“.

Bewertung 1 Jahr Bundesregierung 2019: Die EBD hat die Bürgerdialoge der Bundesregierung anhand zuvor aufgestellter Kriterien **bewertet**. Die EBD begrüßte dabei, dass sich Deutschland aktiv in die Debatte über die Zukunft der EU und die Stärkung der Europäischen Integration eingebracht hat und Bürgerinnen und Bürger sich in bundesweiten öffentlichen Dialogen an der Reformdebatte in Europa beteiligt haben. Bürgerdialoge der Bundesregierung sollten jedoch auch in repräsentativen Formaten, ebenso wie mit der interessierten Bürgerschaft durchgeführt werden, wie sie durch Mitgliedsorganisationen der Europäischen Bewegung ohnehin seit Jahren erfolgreich stattfinden. Die Bewertung im Einzelnen:

- repräsentative Befragung der Bevölkerung und deren Einbindung in die europäische Zukunftsdebatte: nicht erfüllt
- keine Themensetzung von oben herab: zum Teil erfüllt
- regionale Ausgewogenheit sicherstellen: nicht erfüllt
- Dialog muss im Mittelpunkt stehen: nicht erfüllt
- Einbindung demokratischer Kräfte: überwiegend nicht erfüllt
- hohe Transparenz für mehr Glaubwürdigkeit: zum Teil erfüllt
- klare Zielsetzung und Rückkopplung der Ergebnisse des Dialogs: überwiegend nicht erfüllt
- internationale Ausrichtung: nicht erfüllt
- Durchführung durch demokratieerfahrene Organisationen: überwiegend nicht erfüllt

Positiv war, dass sich erstmals Bundesminister/innen verpflichtet fühlten, sich in ihrer Ressortzuständigkeit den Bürgerinnen und Bürgern zu stellen und dass zum Teil institutionell erfahrene, demokratische Organisationen bei der Durchführung der Bürgerdialoge mit einbezogen bzw. beauftragt wurden.

Bei den europäischen Bürgerdialogen wurden die an anderer Stelle im KoV beschriebenen Vorschläge zur verbesserten Bürgerbeteiligung nicht hinreichend berücksichtigt.

Zwar hat die Bundesregierung beim Europäischen Rat im Dezember 2018 durchaus eine Fortführung von Bürgerdialogen angeregt. Es gibt aber kaum erkennbaren Willen, den von Kommissionpräsident Jean-Claude Juncker angeregten „**Weg nach Hermannstadt**“ – also den Fahrplan für eine enger vereinte, stärkere und demokratischere Union unter Berücksichtigung von Bürgerdialogen – strukturiert anzugehen.

4 Europäische Werte

Bewertung Koalitionsvertrag 2018: Die künftige Regierungskoalition wollte die demokratischen und rechtsstaatlichen Werte und damit das Prinzip der wechselseitigen Solidarität stärken. Es mangelte jedoch bereits im KoV an konkreten Umsetzungsideen oder Vorschlägen, mit welchen Instrumenten man beabsichtigte, einen Wertedialog mit allen EU-Staaten zu öffnen. Die

Bundesregierung schien sich hier viel Beinfreiheit für Verhandlungen hinter verschlossenen Türen herausnehmen zu wollen.

Bewertung 1 Jahr Bundesregierung 2019: Ein Jahr nach Beschluss des zugrundeliegenden Vertrags haben sich Deutschland und Frankreich im Art-7-Verfahren zur Rechtsstaatlichkeit etwa in Polen gemeinsam positioniert. Darüber hinaus wurden bislang keine konkreten Schritte unternommen, um demokratische und rechtsstaatliche Werte zu stärken. Jedoch begrüßt die EBD die Initiative einer regelmäßigen Begutachtung der Rechtsstaatlichkeit, die der Staatminister für Europa Michael Roth mit dem belgischen Außenminister Didier Reynders im März 2019 initiiert hat.

5 Brexit

Bewertung Koalitionsvertrag 2018: Die EBD teilte und lobte die grundsätzliche Haltung der Koalitionspartner zum Brexit: „Wir bedauern den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union. Auch nach seinem Ausscheiden wünschen wir uns eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Vereinigten Königreich und der EU-27.“ Die Geschlossenheit der EU27 und die Wahrung der Errungenschaften der EU-Verträge, insbesondere der vier Freiheiten des Binnenmarktes, ist für die Zukunft der EU entscheidend.

Bewertung 1 Jahr Bundesregierung 2019: Die Koordinierung und Positionierung der Bundesregierung zum Brexit ist positiv zu bewerten. Sie hat partnerschaftlich mit der Europäischen Kommission zusammengearbeitet und in Deutschland kommunikativ gegenüber Öffentlichkeit und Interessenträgern klare europäische Kante gezeigt.

Im Bereich der Public Diplomacy wurden allerdings erst sehr spät neben der Wirtschaft auch andere gesellschaftliche Gruppen eingebunden, die ebenfalls stark unter dem Brexit leiden dürften.

6 Eurozone

Bewertung Koalitionsvertrag 2018: Die Stärkung des Euros ist für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der gesamten EU entscheidend. Hierzu ist auch ein „Investivhaushalt“ zu begrüßen, solange das Europäische Parlament nicht geschwächt wird. Die Stärkung der Gemeinschaftsorgane der Europäischen Union, insbesondere des Europäischen Parlamentes, hat aus Sicht der EBD Vorrang.

Bewertung 1 Jahr Bundesregierung 2019: Deutschland und Frankreich haben sich in Meseberg auf einen gemeinsamen Vorschlag für ein Budget für die Eurozone geeinigt. Die „Erklärung von Meseberg“ ist ein Kompromisspapier, das den ordnungspolitischen Vorstellungen der Bundesregierung näherkommt als denen Frankreichs. Es handelt sich dabei also um eine realistische Eurozonen-Reform mit kleinstem gemeinsamem Nenner. Eine stabilere Währungsunion ist immer noch möglich, auch wenn zusätzliche Mittel für die Eurozone in ihrer Höhe noch unbedeutend sind. Der Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) kann dabei eine

positive Rolle spielen: Das Europäische Parlament wird absehbar noch nicht geschwächt und kann weiter die Gesamtkontrolle über den EU-Haushalt behalten. Die Verzahnung des EU-Haushaltes mit Instrumenten des Investments ist zu begrüßen. Eine Schwächung der Europäischen Union und ihrer Gemeinschaftsorgane durch neue Parallelstrukturen scheint aber abgewendet.

Fragezeichen bleiben bei der zukünftigen Rolle des deutsch-französischen Motors. Die auch von der Bundesregierung unterschätzte, kritische Reaktion einer Allianz rund um die Niederlande gleich nach Meseberg machte deutlich, dass die Bundesregierung außerhalb einer (zudem geschwächten) deutsch-französischen Zusammenarbeit wenig Kapazitäten für die anderen Mitgliedstaaten der EU („drittes Europa“) im Hinblick auf eine Reform der Eurozone bereitstellt.

7 EU-Haushalt/Mehrjähriger Finanzrahmen

Bewertung Koalitionsvertrag 2018: Die EBD begrüßte die Ankündigung im KoV, dass Deutschland die verzerrende „Nettozahler“-Brille abnehmen und sich für eine Stärkung des EU-Haushalts einsetzen werde – eine zentrale Forderung der EBD und ihrer Mitgliedsorganisationen. Die festgeschriebene finanzielle Stärkung der Bildungsprogramme und Erasmus+ war dem Verein besonders wichtig. Bei den im Verhältnis zum deutschen Gesamthaushalt geringen Summen sollte auch die neue Bundesregierung klarstellen, wie stark Deutschland von Binnenmarkt und Euro, ob mit oder ohne Rückflüsse aus Brüssel, profitiert.

Bewertung 1 Jahr Bundesregierung 2019: Es ist positiv, dass sich die Bundesregierung nicht grundsätzlich gegen höhere deutsche Beiträge stellt und die übliche „Nettozahler“-Debatte bislang nicht mehr in den Fokus ihrer Verhandlungen gerückt hat.

- In der auch für die europäische Demokratie so wichtigen Haushaltsdebatte fehlt allerdings eine erkennbare Public Diplomacy. Weiterhin gibt es **„Besitzstandswahrungstendenzen“ der Ressorts** in Bezug auf die Mittel aus dem EU-Haushalt für die eigenen Politikfelder und wenig kommunizierte Prioritäten der Bundesregierung. Eine öffentliche, politische Diskussion, auch mit den gesellschaftlichen Kräften, wird nicht erkennbar vorangetrieben.
- Begrüßenswert ist die hohe Sensibilität der Bundesregierung für das noch immer verhältnismäßig schwach ausgestattete **Programm Erasmus+**. Repräsentative Umfragen zeigen, dass die Bundesbürger/innen hinter einem starken europäischen Bildungs- und Jugendbudget stehen.
- Aber auch hier gibt es neben allgemeinen Punkten kaum Einordnung und strukturierten Dialog, etwa bei der Frage, für welche Programme die Mittel verwendet werden (**strukturierte Förderung der grenzüberschreitenden formellen und non-formellen Bildung** durch demokratische Vereine statt teurer Bonusprogramme wie FreeInterrail).
- Die Finanzverhandlungen sind eng verwoben mit der politischen Identität der künftigen EU27 (in der Vergangenheit war der MFR jeweils Teil eines größeren politischen Projekts: 1988 der Binnenmarkt, 1992 die Wirtschafts- und Währungsunion,

1999 die große Erweiterung, 2007 die Lissabon-Strategie und 2013 „Europa 2020“). Eine solche **politische Neudefinition der EU** mit dem kommenden MFR ist aber erst in Ansätzen erkennbar. Die Erklärung von Rom am 25. März 2017 hat die Agenda definiert: ein sicheres und geschütztes Europa, ein wohlhabendes und nachhaltiges Europa, ein soziales Europa und ein stärkeres Europa in der Welt. Seitdem ist diese politische Diskussion jedoch wenig vorangekommen. Die Europäische Kommission hat immerhin versucht, mit Weißbuch und Reflexionspapieren Impulse zu geben, ihr Vorschlag für den nächsten MFR ist von dieser Agenda geprägt.

8 Migrations- und Asylpolitik

Bewertung Koalitionsvertrag 2018: Aus Sicht der EBD bildeten ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) und die Reform der Dublin-III-Verordnung die richtigen Schwerpunkte. Diese decken sich mit den Politischen Forderungen der EBD seit vielen Jahren. Die EBD betonte die gerechte Verteilung von Flüchtenden und den Schutz der Außengrenzen unter Wahrung von Menschen- und Asylrechten. Für die Umsetzung der notwendigen Reformen ist aus Sicht des Vereins eine breite Public Diplomacy mit den EU-Mitgliedstaaten und eine verbesserte europapolitische Koordinierung zwischen den Ressorts notwendig.

Bewertung 1 Jahr Bundesregierung 2019:

- In der Migrations- und Asylpolitik gab es zwar starke Absichten, aber auch große Widerstände bei einzelnen Mitgliedstaaten. Insgesamt sind weder ausreichender Gestaltungswille noch ausreichende Gestaltungskapazität erkennbar. **Deutschland ist kein Vorreiter mehr**, beispielsweise bei der Übernahme von Bootsflüchtenden oder bei humanitären Visa; durch die Einschränkung des Familiennachzugs werden vor allem auch die Balkanstaaten und Griechenland weiter unter Druck gesetzt.
- Eine mangelhafte Verbündetenstrategie versperrt auch in diesem schwierigen und von populistischen Argumenten aufgeladenen Politikfeld Auswege. So gibt es weder den Versuch eines Kompromisses oder **politische Signale eines Kompromisses** an die V-3 (Visegrád ohne Ungarn) noch eine öffentliche Unterstützung Deutschlands durch ähnlich denkende Mitgliedstaaten wie Portugal, Kroatien oder die baltischen Staaten.
- **Die wichtige Errungenschaft des Lissaboner Vertrages, die Einführung der qualifizierten Mehrheit** in der Innenpolitik, wird durch passives Verhalten der Bundesregierung in Frage gestellt (trotz eindeutigem EuGH-Urteil zur Rechtmäßigkeit der qualifizierten Mehrheit). Auch hier zeigt die Bundesregierung öffentlich keinen Gestaltungswillen. Vielmehr entzieht sie sich ihrer Verantwortung als starkes EU-Mitgliedsland, gerade in Fragen der voranschreitenden Integration mit gutem (und mahnendem) Beispiel voranzugehen. Sich aus Furcht vor innenpolitischen Konsequenzen zurückziehen und abwartend ruhig zu verhalten, kann dazu führen, dass die Glaubwürdigkeit der EU als Hüterin von Frieden, Freiheit, Solidarität und Menschenrechten weiter bröckelt.

- Bei einem Treffen der Innenminister der EU-Mitgliedstaaten in Bukarest Anfang Februar 2019 gab es **keine Fortschritte bei der Reform der Dublin-III-Verordnung**, die die Verteilung der Asylsuchenden regelt. In der langen Debatte um die Rettung und Aufnahme schiffbrüchiger Flüchtender auf dem Mittelmeer kommt die EU nur schleppend voran.
- Der gemeinsame Grenzschutz etwa durch **Frontex** ist nur halbherzig verfolgt worden. Einen Plan der Kommission, Frontex bis 2020 von 2.000 auf 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufzustocken, hat der Rat der EU im Dezember 2018 abgelehnt. Die jüngsten Ratsbeschlüsse sehen die Umsetzung erst bis 2027 vor. Die stark gesunkenen Flüchtlingszahlen behindern offensichtlich die Einsicht, die notwendigen Kompetenzen auf europäischer Ebene anzusiedeln. Entgegen vieler Ankündigungen wird der Öffentlichkeit nicht dargelegt, an wem der Aufbau eines die Menschenrechte berücksichtigenden europäischen Grenzschutzes scheitert.

9 Westbalkan

Bewertung Koalitionsvertrag 2018: Aus Sicht der EBD ging die Koalition den richtigen Weg, realistisch und über klare Kriterien den EU-Beitritt der Länder des Westlichen Balkans zu fördern, um gesellschaftliche und wirtschaftliche Stabilität sowie Demokratie in Südosteuropa zu erreichen, wovon Europa als Ganzes profitieren könnte. Der anstehende Beitrittsprozess mit dem Ziel eines konditionierten Beitritts weiterer Länder muss allerdings über eine aktive Public Diplomacy sowohl in den Partnerländern als auch in Deutschland kommunikativ vorbereitet werden. Im Vertrag fehlt eine Kommunikations- und Dialogstrategie und generell ein Bezug zur innenpolitischen Dimension des Beitrittsprozesses.

Bewertung 1 Jahr Bundesregierung 2019: Deutschland gehörte auch 2018/19 zu den größten politischen und finanziellen Förderern der Länder Südosteuropas. Trotz großer Unterstützung bei Interessenträgern in Deutschland fehlt jedoch der Dialog im Sinne einer echten Public Diplomacy zum Westbalkan, obwohl auch starke repräsentative EBD-Mitglieder großes Interesse an stabilen Demokratien mit freier Wirtschaft und sozialen Mindeststandards haben.

- Die Bundesregierung ist trotz klarer Vorgaben des Koalitionsvertrages **in der Strategie uneinheitlich**. Auffällig ist die starke Rücksichtnahme des Kanzleramtes auf das beitragskritische Frankreich. Die Chancen einer diplomatischen Verbündetenstrategie mit anderen Ländern werden im Auswärtigen Amt zwar erkannt, aber auf Grund der schwierigen Koordinierung und Ressorteinzelinteressen nicht genutzt.
- Die Bundesregierung hat in Bezug auf Interessen gesellschaftlicher Gruppen und die deutsche Öffentlichkeit **keine Vorwärtsstrategie**. Im Kanzleramt wird sogar davor gewarnt, den EU-Beitritt der Länder des Westlichen Balkans zum Thema des Europawahlkampfes zu machen. Die für den 18. Juni 2019 im Rat geplante Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien, mit vorheriger Beteiligung des Bundestags, ist somit bewusst nicht Teil der aktiven Kommunikation der Bundesregierung.

10 Außen- und Sicherheitspolitik

Bewertung Koalitionsvertrag 2018: Bei der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ging der Vertragsentwurf ins Detail und deckt die Inhalte der EBD-Forderung „Europa gemeinsam verteidigen“ ab. Die angestrebte „Armee der Europäer“ steht hinter der Rhetorik früherer Koalitionsverträge, die noch von einer „Europäischen Armee“ sprachen, zurück. Die EBD begrüßte, dass die Bundesregierung langfristig einen Ständigen Sitz der EU bei der UNO und im Sicherheitsrat anstrebt.

Bewertung 1 Jahr Bundesregierung 2019: Nach zahlreichen Anläufen in der Vergangenheit nimmt die Europäisierung dieses Politikfelds nun spürbar an Fahrt auf. Die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird in der gegenwärtigen Bundesregierung und im Bundestag als Priorität behandelt. Es gab in diesem Bereich noch nie so viele europäische Initiativen aus Berlin und Vorschläge von den EU-Institutionen. Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ) und der Europäische Verteidigungsfonds (EVF) sind wesentliche Pfeiler der neuen Dynamik.

- Gerade in diesem Bereich gehen europapolitische Koordinierung und Public Diplomacy Hand in Hand: Kanzleramt, Bundesverteidigungsministerium und AA sollten bei der Vermittlung ihrer klassischen Verteidigungs- und Außenpolitik stärker die deutsche Öffentlichkeit mitdenken. Die Einbettung eines stärkeren deutschen Engagements in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den EU-Rahmen und eine Präsenz von Stimmen aus Europa, die Deutschland in diesem Vorhaben unterstützen, können dazu beitragen, die Auseinandersetzung und die Akzeptanz einer **breiteren Öffentlichkeit** mit dem Politikfeld Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu stärken. Eine Bundesregierung wird in diesem Politikfeld nur so handlungsfähig sein, wie sie die Wählerinnen und Wähler mandatiert.
- Obwohl es erfreulich ist, dass Deutschland erneut als Nicht-Ständiges Mitglied in den Sicherheitsrat gewählt wurde, muss bedauert werden, dass zugunsten nationaler Prioritäten **kein weiteres Bemühen Deutschlands für das Fernziel „Ständiger Sitz der EU im UNSC“** stattfindet.
- Die Kanzlerin schloss sich zwar ungewöhnlich schnell Frankreichs Verteidigungsidee an und forderte, an der Vision zu arbeiten, „eines Tages“ auch eine **europäische Armee** zu begründen. Auf eine kleine Anfrage im Bundestag aber antwortete die Bundesregierung: Dies sei nur „sinnbildlich“ gemeint. Auch die Entwicklung einer grenzüberschreitenden militärischen Kultur oder gar einer Parlamentsarmee wird offensichtlich nicht strategisch geplant.
- Zunehmend schwierig dürfte die deutsche Debatte zur europäischen Rüstungszusammenarbeit bzw. -exporten werden ohne die Berücksichtigung des „Gemeinsamen Standpunkts (2008/944/GASP) des Rates vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern“. Die ausgebliebene harmonisierte Anwendung könnte die Glaubwürdigkeit einer wertorientierten EU gefährden. Der auch von der Bundesregierung verabschiedete Rechtsrahmen gibt der Bundesregierung auch auf europäischer Ebene Orientierung.

- Bedauerlich ist ebenfalls, dass die Bundesregierung am **Syrien-Gipfel** der Türkei/Russland/Deutschland/ Frankreich im Oktober 2018 die Europäische Union nicht beteiligt hat. Der Nahe Osten ist im Interesse der gesamten EU. Syrische Geflüchtete wurden nicht nur in Deutschland und Frankreich aufgenommen.

11 Public Diplomacy

Bewertung Koalitionsvertrag 2018: Gemeinsam mit der Europäischen Bewegung Frankreich hat die EBD von Anfang an die Überbetonung Frankreichs im KoV kritisiert. Für die Europäische Bewegung ist Europa größer als ihre zwei stärksten Länder, die Gemeinschaftsmethode muss in der Europapolitik vor der Unionsmethode stehen. Die vertiefte deutsch-französische Zusammenarbeit muss selbstverständlich ein wichtiger Bestandteil der deutschen Europapolitik bleiben, gleichzeitig begrüßte die EBD die erst auf den letzten Metern eingefügten neuen Absätze zur deutsch-polnischen Partnerschaft. Sie bemängelte, dass der KoV Italien gar nicht erwähnt, obwohl es eines der wirtschaftlich und gesellschaftlich am stärksten mit Deutschland vernetzten großen Länder ist und der KoV kurz vor den Parlamentswahlen in Italien verabschiedet wurde. Gleichzeitig versteht die EBD unter einer modernen Public Diplomacy die Einbindung von möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen in der grenzüberschreitenden Europapolitik. Hierzu machte der KoV keine Aussage. Das Diplomatiemodell der 90er Jahre mit dem Fokus auf klassische Diplomatie und allgemeine Öffentlichkeitsarbeit wurde fortgeschrieben.

- 2018 war für die EBD klar, dass ein europäischer Aufbruch nur dann gelingen kann, wenn alle Mitgliedstaaten systematisch und mit starker Diplomatie einbezogen werden. Die Bundesregierung riskiere eine Blockbildung ohne Möglichkeit der Mitgestaltung wie bei den Visegrád-Staaten, im Austerlitz-Format oder der Mittelmeer-Union, wenn sie weiterhin mit wenig Empathie oder Public Diplomacy-Strategie vor allem auf die kleineren EU-Mitglieder, aber auch Italien zugehe.
- Nicht erst mit dem Brexit sei die Position Deutschlands stark wie nie zu vor. Hieraus erwachse eine besondere Verantwortung.

Bewertung 1 Jahr Bundesregierung 2019: Die EU27-interne Bewältigung der Brexitverhandlungen durch die Bundesregierung hat gezeigt, dass eine starke Einbindung von und Partnerschaft mit Gemeinschaftsorganen der EU ebenso möglich ist wie der Schulterchluss mit sehr unterschiedlichen Mitgliedstaaten.

- Die Bundesregierung hat europapolitisch ganz auf die deutsch-französische Karte gesetzt. Der Vertrag von Aachen 2019 hat gezeigt, dass trotz der unterschiedlichen Demokratie und Gesellschaftsmodelle beider Länder Konsens möglich ist, auch als starkes Signal an die Partner. Hierbei ist zu begrüßen, dass der Élysée noch nie so proeuropäisch aufgetreten ist.
- Dennoch besteht der Eindruck, dass Deutschland sich auf das realpolitische Machbare konzentriert und Frankreich sich für Visionen zuständig zeigt. **Demokratische Prozesse** und die Gemeinschaftsmethode in der EU werden **nur unzureichend berücksichtigt**. Wo gemeinsam politische Initiativen angestoßen werden, wie bei dem

deutsch-französischen Vorstoß zur Reform der Wettbewerbspolitik, gibt es umgehend Kritik aus den Reihen kleinerer Mitgliedstaaten.

- Auch könnte die Rolle von Deutschland darin bestehen, für **mehr partizipative Demokratie** innerhalb der EU zu sorgen und Frankreich mit seiner Tendenz von oben herab zu regieren, zu bremsen. Hilfreich wären hier breiter angelegte Verbündetenstrategien.
- Die **Vernachlässigung italienischer Politik** in der strategischen Planung, aber auch im Tagesgeschäft deutscher Europapolitik ist immer noch zu bedauern. Noch immer gibt es kaum diplomatisches Personal, das die Europapolitik Italiens – nach dem Brexit drittgrößter Mitgliedstaat der EU – nachhaltig und strategisch bewerten kann. Ressortübergreifende Abstimmungen finden kaum statt.
- Ansätze des **Auswärtigen Amtes**, „**Like-Minded**“ einzubinden, sind zu begrüßen, laufen aber offensichtlich wegen mangelhafter personeller Kapazitäten, Hebelwirkungen für andere Ressorts und einer fehlenden offiziellen Koordinierungszuständigkeit im Kanzleramt ins Leere. Weiterhin sind die wenigen Kanzleramtsmitarbeitenden noch immer Anhänger der Unionsmethode, die die intergouvernementale Zusammenarbeit (insbesondere zwischen Élysée und Kanzleramt) in den Vordergrund stellt. Auch hat das Auswärtige Amt zu keiner Zeit in seiner „Like-Minded-Initiative“ die EBD oder ihre repräsentativen Spitzenverbände für eine breite gesellschaftlich getragene Public Diplomacy eingebunden.
- Eine **strategisch diplomatische Planungsstelle** in der Bundesregierung, die alle Ressorts, Bundestag, gesellschaftliche Kräfte und die europäischen Partner in den Institutionen und Regierungen mit politischer Autorität einbindet, bewertet, bündelt und proaktiv nutzt, gibt es weiterhin nicht.
- Negative **Beispiele fehlender Public Diplomacy** sind, neben der Frankreichbezogenheit und mangelnden Berücksichtigung anderer Länder, die Politikfelder Migrationspolitik, Westbalkanpolitik, aber auch nationale Prestigeprojekte, wie jüngst North Stream 2.

12 Europapolitische Koordinierung

Bewertung Koalitionsvertrag 2018: Für die EBD besonders enttäuschend war die Zementierung der antiquierten deutschen **Europakoordinierung**. Die EBD bedauerte diese verpasste Chance. CDU/CSU und SPD hatten wiederholt eine enge Abstimmung ihrer jeweiligen Ressorts zugesagt, doch die Frage nach dem einheitlichen Ansprechpartner – dem „blauen Telefon“ – für die deutsche Europapolitik blieb auch mit dem neuen KoV unbeantwortet. Zudem erschwert das Fehlen der an einer Stelle konzentrierten europapolitischen Koordinierung der Bundesregierung die Kontroll- und Mitwirkungsmöglichkeiten des Deutschen Bundestages.

Einen Lösungsvorschlag hatte die EBD bereits 2017 formuliert: die Schaffung einer zentralen Stelle in Persona einer/s Bundesministers/in für die „besondere Aufgabe europäische Integration“. Eine

Reform der mehr als 20 Jahre alten EU-Koordinierung hatten zuvor die Jamaika-Sondierer immerhin in Erwägung gezogen. Die Hoffnung lag somit zu Beginn der Koalition in einer engen Zusammenarbeit zwischen wenigen Personen mit allen negativen Folgen für eine breite gesellschaftliche und parlamentarische Debatte in Sachen Europapolitik.

Bewertung 1 Jahr Bundesregierung 2019: Die Planungs- und Strategiefähigkeit der Bundesregierung ist in der Bundesregierung weiterhin mangelhaft, auch da der Koalitionsvertrag dieses Thema ausspart. Es gibt **kein blaues Telefon in der deutschen Europapolitik**. Partnerländern, den Gemeinschaftsinstitutionen und weiteren Interessenträgern aus Wirtschaft, Gesellschaft, Kommunen und Teilstaaten, fehlen neben vermittelnden Ansprechpartnern vor allem Orientierung, was wiederum die mittel- und langfristige Strategiefähigkeit einschränkt.

Die Erwartungen an Deutschland, mit seiner Vorreiterrolle verantwortlich umzugehen, sind weiterhin enorm. Eine kohärente Europapolitik ist, wenn überhaupt, weniger durch aktives Gestalten als durch die krisenhaften Entwicklungen und neue politische Kräfteverschiebungen angestoßen worden: Mehr innenpolitische Reflexion über die Konsequenzen europäischer Strategien, die bewusste Förderung öffentlicher und parlamentarischer Debatten (jenseits punktueller und unstrukturierter Bürgerdialoge) zur Stärkung der Legitimität der deutschen Europapolitik und ein effizient koordinierter Beratungs- und Entscheidungsprozess der exekutiven und legislativen Akteure bleiben auf der Agenda.

13 Quellen

Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU/SPD: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/koalitionsvertrag-zwischen-cdu-csu-und-spd-195906>

- Ein neuer Aufbruch für Europa, Rn. 84ff
 - Familien und Kinder im Mittelpunkt, Rn. 684ff
 - Offensive für Bildung, Forschung und Digitalisierung, Rn.1118ff
 - Erfolgreiche Wirtschaft für den Wohlstand von morgen, Rn. 2449ff
 - Zuwanderung steuern – Integration fördern und unterstützen, Rn. 4775ff
 - Ein handlungsfähiger und starker Staat für eine freie Gesellschaft, Rn. 5741ff
 - Verantwortungsvoller Umgang mit unseren Ressourcen, Rn. 6441ff
 - Deutschlands Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit in der Welt, Rn. 6773ff
 - Zusammenhalt und Erneuerung – Demokratie beleben, Rn. 7727ff
 - Europapolitische Koordinierung, Rn 8278
-
- Erste EBD-Bewertung 2018: <https://www.netzwerk-ebd.de/nachrichten/ebd-zur-koalitionsvereinbarung-die-richtung-stimmt-doch-das-navi-braucht-ein-update/>
-
- Politische Forderungen 2018/19 <https://www.netzwerk-ebd.de/wp-content/uploads/2018/07/EBD-POL-Politische-Forderungen-2018-19.pdf>